

Demografischer Wandel

Laumann nimmt Städte in die Pflicht

Verl (matt). Städte und Gemeinden sollten mehr für die Schaffung von infrastrukturellen Maßnahmen für Senioren tun und damit dem demografischen Wandel stärker Rechnung tragen. Außerdem sollten Pflegedienste und Kommunen eng zusammenarbeiten. Diese Forderungen hat Karl-Josef Laumann, Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, am Montag vor rund 80 CDU-Senioren präsentiert, als er zu den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft sprach. Nein, von Senioren wollte Laumann, der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Patienten sowie Bevollmächtigte für Pflege, nicht reden, wenn es

um pflegebedürftige alte Menschen geht – lieber von Hochbetagten. „Es gibt einen Zeitpunkt, wo das Alter seine eigenen Grenzen setzt“, sagte er. 2,6 Millionen Menschen kämen ohne Hilfe nicht mehr zurecht, 700 000 brauchten professionelle Pflege. „Und die Zahl wächst jedes Jahr um zwei bis drei Prozent.“

Eine schnell alternde und gleichzeitig schrumpfende Gesellschaft benötige entsprechende Rahmenbedingungen. Für die Schaffung solcher Strukturen nimmt Laumann die Kommunen mit in die Pflicht. Stadtverwaltungen müssten das Gespräch mit Pflegeeinrichtungen suchen, um eine adäquate Infrastruktur auf-

zubauen. „Man darf das nicht dem Zufall überlassen“, mahnt Laumann und fordert einen ähnlichen Strukturwandel wie bei der Kinderbetreuung, wo man der zunehmenden Berufstätigkeit beider Elternteile habe Rechnung tragen müssen. Laumann spricht sich für eine Stärkung der Tagespflege aus, die allerdings nicht zur „billigen Aufbewahrungsform von Demenzkranken“ werden dürfe. Eine Neudefinition der Pflegebedürftigkeit hin zu individueller Fähigkeitsbeurteilung werde mit 2,5 Milliarden Euro in der Pflegeversicherung zu Buche schlagen. Gleichzeitig werde man aber auch mehr Ruhe in das System bekommen, glaubt der Politiker.



Die Herausforderungen der Pflege standen beim CDU-Senioren-Frühstück am Montag im Mittelpunkt: (v. l.) der Vorsitzende der Senioren-Union Verl, Josef Lakämper, Staatssekretär Karl-Josef Laumann und der Landtagsabgeordnete André Kuper. Bild: Tschackert